Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 12

Artikel: Gibt es einen Imperialismus?
Autor: Lauterbach, A.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-331522

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gibt es einen Imperialismus?

Von Dr. Alb. Lauterbach.

Japans Raubzug und die umstrittene Theorie.

Der Austritt Japans aus dem Völkerbund ist mehr als eine beliebige Formalität. Er ist der sichtbare Abschluß einer Periode, in der man an eine Abkehr der Staatenpolitik von den Methoden der Vorkriegszeit, an eine Milderung der Staatengegensätze oder doch an die Sicherung ihrer friedlichen Austragung hätte glauben können. Er ist das nackte Eingeständnis, daß der Völkerbund für die heutigen Regierungen seiner Mitglieder nur so lange Wert hat, als er ihnen ihre besondern Interessen durchsetzen hilft; vor allem aber, daß durch den Völkerbund (und schon gar nicht durch den Kriegsächtungspakt) die Ziele, ja im Grunde nicht einmal die Mittel der heutigen Staatenpolitik geändert worden sind.

Daher ist es auch kein Zufall, daß Japans Austritt zeitlich mit dem eigentlichen Ende der Genfer Abrüstungskonferenz zusammenfällt. Denn es täuscht sich wohl niemand mehr darüber, daß diese nur deshalb jetzt, eineinviertel Jahre nach ihrer Eröffnung, noch immer dahinsiecht, weil man sich noch nicht einig geworden ist, wie man ihr nicht länger zu verhüllendes Fiasko am einfachsten den Völkern beibringt.

Diese Ereignisse, verbunden mit der Verschärfung der Staatengegensätze, ja einer ganzen Anzahl akuter Kriegsgefahren in der ganzen Welt, lassen einen theoretischen Streit, der im sozialistischen Lager vor einigen Jahren begonnen hat, in ganz neuem Lichte erscheinen. Es geht heute nicht mehr darum, bloß abstrakt die Quellen außenpolitischer Konfliktsmöglichkeiten zu schildern, sondern darum, aus den bereits ausgebrochenen Konflikten rechtzeitig allgemeine Folgerungen zu ziehen.

Friedlicher oder unfriedlicher Kapitalismus?

Es sei vorweggenommen, daß in der theoretischen Debatte wie auch in den Diskussionen des Alltags das Problem sehr oft allzusehr vereinfacht wird. Es handelt sich nicht nur darum, ob die »Kapitalistenklasse« als Ganzes friedlich oder kriegerisch gesinnt sei. Vielmehr sind grundsätzlich folgende *verschiedenartige Möglichkeiten* denkbar, in die sich die Vorkriegsuntersuchungen Hilferdings, Otto Bauers, Rosa Luxemburgs, Kautskys, Renners, Lenins die neuere Diskussion zwischen Fritz Sternberg und Helene Bauer, die Forschungen nichtmarxistischer Verfasser wie Max Weber, Schulze-Gävernitz, Sombart, Oppenheimer zusammenfassen ließen:

1. Die Kriegsvorbereitungen gelten gar keinem Krieg, sondern sind ideologischer *Selbstzweck* (»Wehrhaftigkeit«) oder eine ewige Profitquelle für das Rüstungskapital. 2. Es wird zwar tatsächlich mit Kriegsmöglichkeiten gerechnet, aber nicht von der Kapitalistenklasse, sondern von *vorkapitalistischen* Schichten (Adel, Dynastien, Militär-

klüngel). 3. Es besteht ein kapitalistisches *Profitinteresse* an der Kriegführung selbst. 4. Der Krieg selbst ist unerwünscht, aber als Mittel politischer *Expansion* für die Kapitalistenklasse unvermeidbar.

Wenn nun ein direktes oder indirektes Interesse des Kapitalismus an Krieg oder Kriegsvorbereitungen besteht, dann sind wiederum verschiedene Ursachen dafür denkmöglich: a) Die *allgemeinen* Gesetze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, zum Beispiel die ständige Akkumulation des Kapitals; dann sind die Kriegsgefahren eine dauernde Begleiterscheinung des Kapitalismus; b) die Eigenart bestimmter *Phasen* der kapitalistischen Entwicklung, zum Beispiel des halbfeudalen Früh- oder des organisierten Spätkapitalismus; c) die Bedürfnisse bestimmter *Teile* der Kapitalistenklasse, entweder nur der in gewissen Ländern (je nach dem Nationalcharakter) oder je nach dem Wirtschaftszweig (spezifische Rüstungsgewerbe, Fertigwarenindustrie, Finanzkapital); d) eine nur *ideologische* Wirkung der kapitalistischen Konkurrenz ohne wirkliches Kriegsinteresse irgendeiner Schicht.

Nur kurz seien auch die »*sozialimperialistischen*« Anschauungen gestreift, nach denen in außenpolitischen Dingen ein gemeinsames »Volksinteresse« besteht, daher auch die Rüstungs- oder Expansionspolitik von den Herrschenden auch im Interesse der Arbeiterklasse (oder doch einer »Arbeiteraristokratie«) gemacht werde. Gibt es wirklich niemand mehr, der dieser Lehre auf den Leim geht?

Wichtiger aber, gerade für unsere Untersuchung, ist die Möglichkeit, daß verschiedene der hier theoretisch aufgezeigten Möglichkeiten in der Praxis *zusammenwirken*, entweder in der Form einer Ursachenhäufung oder in jedem einzelnen Lande verschieden. Eine Möglichkeit dagegen, die der Marxist von vornherein ausschalten muß, ist die, daß überhaupt niemandes Interessen hinter der Kriegspolitik stehen, diese also nur durch einen »Irrtum«, mangelnde Aufklärung der Herrschenden und dergleichen hervorgerufen wird. Dieser Standpunkt eines unkritischen, idealistischen Pazifismus ist ebenso gefährlich wie unhaltbar.

Wenn wir nun diese verschiedenen Möglichkeiten auf den konkreten Fall *Japans* anwenden wollen, dann müssen wir einerseits von seinen konkreten Handlungen, anderseits von seiner ökonomischen und politischen Struktur ausgehen.

Der Platz an der Sonne.

Seit September 1931 lassen sich in der japanischen Eroberungspolitik hauptsächlich drei Phasen unterscheiden: erstens die Ausdehnung der Stützpunkte in der *Mandschurei* bis zur völligen Eroberung und Gründung des Mandschukuo; zweitens die Kämpfe um *Schanghai;* und drittens die Besetzung der Provinz *Jehol*. Die Motive dieser drei Abenteuer (die natürlich eng miteinander zusammenhängen) sind gewiß nicht durchaus die gleichen; ebenso ist auch zwischen unmittelbarem Anlaß und tiefern Ursachen zu unterscheiden.

Der unmittelbare Anlaß des ersten Vorstoßes war zweifellos die Ungeduld der japanischen Militärkreise. Es spricht sehr viel dafür,

daß er ohne Wissen oder doch ohne direkten Auftrag der damaligen japanischen Regierung unternommen wurde. Daß aber der Militärklüngel eine solche Eigenmächtigkeit überhaupt wagen, daß er dabei auf allgemeine Billigung in Japan und eine Ersetzung der liberalen Regierung durch eine konservative rechnen konnte, zeigt deutlich, daß ein solches Abenteuer bereits in der Luft lag.

Tatsächlich datiert Japans Appetit auf die Mandschurei bereits seit der Jahrhundertwende. Als seine Ursache wurde ursprünglich und wird manchmal heute noch die Uebervölkerung Japans angegeben. Wenn wirklich der Menschenüberfluß — auf relativ geringem Inselgebiet leben dort 64 Millionen Menschen, mit Korea und Formosa sogar 90 Millionen — der japanischen Expansionspolitik zugrunde lag, dann würde dies der Theorie von Franz Oppenheimer und Fritz Sternberg widersprechen, die den Imperialismus aus einem Bedürfnis des akkumulierenden Kapitalismus nach stets neuen Bevölkerungsreserven ableiten. In Wirklichkeit hat Japan bereits vor dem Kriege die Erfahrung gemacht, daß die Mandschurei für eine größere japanische Siedelungstätigkeit völlig ungeeignet ist. Es muß also an anderm liegen.

Man hat das Japan von heute oft mit dem wilhelminischen Deutschland verglichen: ein stark industrialisierter Staat mit einem politischen Herrschaftssystem vorkapitalistischer Schichten, überaus starkem Einfluß der Militärkaste. Aber das Beispiel stimmt doch nicht ganz. Die japanische Feudalaristokratie, die Samurai, sind von der industriellen und kommerziellen Bourgeoisie keineswegs sozial geschieden, vielmehr mit ihr in weitestem Maße *identisch*. Die herrschende Klasse der vorkapitalistischen Gesellschaft hat sich hier in den Kapitalismus herübergerettet, indem sie zu ihren alten Herrschaftsfunktionen noch neue hinzufügte. Daher verbinden sich in ihrer Interessenlage und Ideologie feudale und kapitalistische Bestandteile, deren Anteil natürlich nicht genau zu trennen ist. Diese Verbindung erklärt uns jedenfalls erst die beispiellose Aggresivität und Skrupellosigkeit des japanischen Imperialismus: Die kriegerische Ideologie des Feudalismus, die allenthalben seiner ursprünglichen Gesellschaftsfunktion als Kriegerkaste entspringt, verknüpft sich hier mit ökonomischen Interessen des Kapitalismus. Diese richten sich allerdings, soweit es um die Mandschurei geht, kaum auf die Gewinnung von Siedelungsland, wohl aber auf die eines wichtigen *Rohstoff*gebietes. Das rohstoffarme Japan muß 95 Prozent Blei, 80 Prozent Zinn, 75 Prozent Erdöl, 55 Prozent Stahl, 45 Prozent Eisen einführen; in der Mandschurei finden sich diese Produkte in riesigen, meist noch unerschlossenen Mengen, dazu noch Kohle, Gold, Kupfer, Magnesium und anderes. Gewiß könnte Japan alle diese Güter auch weiterhin im Auslande einkaufen, aber hier greift eben die militaristische Ideologie ein: Man will für den Kriegsfall alles bereits politisch beherrschen. Ueberdies sind die mandschurischen Naturschätze infolge ihrer Nähe und Unverbrauchtheit für Japan besonders billig verwertbar; und diese Verwertung selbst bietet ein dankbares, profitreiches Betätigungsfeld für das japanische Ausfuhrkapital. Nach einer

solchen Erschließung kann es überdies auch zu einem bevorzugten Absatzgebiet werden.

Japans Raubzug ist also der typische Fall eines Imperialismus, der auf einer *Ursachenhäufung* beruht: sowohl auf Klassenfunktionen und Ideologie einer vorkapitalistischen Militärkaste als auch auf ökonomischen Bedürfnissen verschiedener Teile der eigentlichen Kapitalistenklasse (die zum großen Teil in Personalunion mit ihr steht); der ganzen Industrie im Hinblick auf die Rohstoffbasis, des Ausfuhrkapitals (Profitmöglichkeiten bei der Erschließung selbst) und der Fertigwarenindustrie (Absatzmarkt). Schließlich sind auch sozialimperialistische Ideologien in der japanischen Arbeiterschaft außerordentlich verbreitet und haben auch den größern Teil der kümmerlichen Arbeiterorganisationen ergriffen.

Was nun das Abenteuer in *Schanghai* betrifft, das scheinbar so wenig mit dem mandschurischen Eroberungszug gemeinsam hatte, so diente es erstens der Rückendeckung und Ablenkung gegenüber Großmächten und Völkerbund; zweitens aber als Schlag gegen das Zentrum der chinesischen *Boykottbewegung* gegen Japan, also mittelbar der Erhaltung und Sicherung eines für Japan überaus wichtigen Absatzgebietes. Ob allerdings gerade dieser Zweck erreicht wurde, bleibe hier dahingestellt. Was schließlich die vorläufig letzte Kampfesphase, die Eroberung *Jehols*, anbelangt, so dient sie gewiß in erster Linie einer militärischen Sicherung der Mandschurei, wenngleich es sehr wahrscheinlich ist, daß gewisse japanische Militärkreise an eine immer weitere Ausdehnung nach Süden, aber auch nach Nordwesten denken, an ein japanisches Riesenreich auf dem asiatischen Kontinent unter Einschluß nicht nur chinesischer, sondern auch russischer Gebietsteile von heute. Wo gilt es mehr als beim Imperialismus aller Spielarten: Der Appetit kommt beim Essen!

Auch der Appetit der Zuschauer!

Für die Theorie des Imperialismus und die Praxis der sozialistischen Außenpolitik ist aber an dem ostasiatischen Konflikt nicht nur das Verhalten Japans und die Schwäche Chinas interessant, sondern nicht minder die Haltung der *Weltmächte* und des von ihnen beherrschten *Völkerbundes*.

Es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß im *Anfangsstadium* des Konfliktes ein halbwegs energisches Eingreifen des Völkerbundes, in dessen Rat beide Mächte vertreten waren, mit relativ geringen Mitteln den japanischen Imperialismus trotz allem in die Schranken gewiesen hätte. Nicht nur China hat darauf gewartet, sondern eine Zeitlang vielleicht sogar Japan. Aber der Völkerbund blieb faktisch untätig und die direkte Politik der Großmächte — im Gegensatz zu den Interessen der wenig einflußreichen Kleinstaaten — begünstigte Japan zumindest indirekt. Weshalb?

Die nächstliegende Erklärung ist die, daß die kapitalistischen Großmächte an der wichtigen asiatischen Grenze der (außenpolitisch noch

lahmgelegten) *Sowjetunion* an Stelle des schwachen Chinas lieber die starke Militärmacht Japan sehen wollen. Mag ein »heiliger Krieg« des Kapitalismus gegen Rußland im Augenblick noch nicht aktuell sein — es ist kaum zu bezweifeln, daß die Großmächtepolitik für die Zukunft damit rechnet. Um »Imperialismus« im Sinne der theoretischen Diskussion handelt es sich hier vielleicht noch nicht. Aber es ist sicher, daß die Begünstigung einer Kolonisierung der Mandschurei noch einen andern Grund hat: man rechnet damit, daß dieses große, mit Naturschätzen gesegnete Gebiet auch für die übrige kapitalistische Welt neue Absatz- und Kapitalanlagemöglichkeiten schaffen würde. Daneben spielt wohl auch die Hoffnung mit, durch Beschäftigung Japans mit der mandschurischen Kolonisationsarbeit diesen gefährlichen Nebenbuhler vom übrigen chinesischen Markt ein wenig abdrängen zu können. Gerade deshalb kann aber ein weiteres Vordringen Japans in das chinesische Stammgebiet über die große Mauer hinaus die ernstesten Konflikte hervorrufen. Bei Großbritannien, das eine besonders zurückhaltende Politik befolgt, spielen auch noch die Nachwirkungen des alten englisch-japanischen Bündnisses und vor allem die Sorge um Indien eine große Rolle.

Anders müßte es eigentlich mit den Vereinigten Staaten stehen, die doch seit dreißig Jahren darauf hingearbeitet haben, die Mandschurei in Chinas Besitz zu erhalten, sowohl gegenüber Rußland als auch gegenüber Japan. Ueberdies ist der alte Gegensatz wegen der Machtverhältnisse im Pazifik und wegen der Einwanderungsfrage nichts weniger als beigelegt. Dennoch haben auch die Vereinigten Staaten in der mandschurischen Angelegenheit eine recht zögernde Politik gemacht, sofern man nicht schon die Annäherung an den Völkerbund als grundlegende Wandlung betrachten will. Der Grund des Zögerns ist auch bei ihnen zum großen Teil der gleiche wie bei den europäischen Weltmächten. »Ohne die Aktivität Japans hätte die Mandschurei nicht eine so beträchtliche Bevölkerungszahl anziehen und absorbieren können ... Der Boden der Mandschurei ist im allgemeinen fruchtbar, aber die Bodenentwicklung hängt von den Transporterleichterungen ab«, schreibt die Lytton-Kommission in ihrem Bericht an den Völkerbund. Auch Amerika hat ein Interesse an der Erschließung neuer Profitmöglichkeiten auf der einen Seite, einer Ablenkung Japans auf der andern.

Aber zu alledem kommt noch etwas anderes und Ausschlaggebendes, ohne das man sich den ganzen Raubzug kaum vorstellen könnte: die Wirkungen der *Weltwirtschaftskrise*. Sie waren zweifellos bereits der unmittelbare Anlaß zum plötzlichen Vorstoß des japanischen Militärklüngels und zu seiner Deckung durch alle herrschenden Schichten. Man schätzt die Zahl der Arbeitslosen in Japan auf über zwei Millionen; welch ein Anreiz, nach altbewährtem Muster von Arbeiterelend, Riesendefizit und Bauernnot durch außenpolitische Erfolge abzulenken, den Eroberungszug zum Anlaß einer Inflation zu nehmen! Eine Rechtfertigung der Theoretiker, die gerade ausweglose Situation der kapitalistischen Wirtschaft als bevorzugte Zeitpunkte imperiali-

stischer Etpansion ansehen. Tatsächlich ist bereits Japans Ausfuhr in die Mandschurei wesentlich gestiegen.

Nicht minder aber erklärt uns die Krise auch die Inaktivität der Großmächte und ihres Völkerbundes gegenüber Japan. Die Hauptwaffe hätte zweifellos ein *Weltboykott* gegenüber Japan sein können. Dieses verkauft zum Beispiel gegen neun Zehntel seiner Rohseide in die Vereinigten Staaten allein. Aber Amerika und die andern Industriestaaten scheuen in der Wirtschaftskrise vor dem unausweichlichen japanischen Gegenboykott zurück; daß sie in Anbetracht der Staatsdefizite und des Massenelends zu einem kostspieligen Krieg im Interesse Chinas noch viel weniger aufgelegt sind, versteht sich. Da ziehen sie es schon vor, sich die Möglichkeit großzügiger *Waffenlieferungen* nach Japan (und natürlich nicht minder auch nach China) zunutze zu machen; man hat gesehen, welchen Schwierigkeiten es namentlich in Großbritannien begegnete, auch nur eine Einschränkung der Waffenlieferungen zu erreichen. Hier spielen also zu den angeführten Gründen auch noch die spezifischen Profitinteressen des Rüstungskapitals mit.

Damit ist in diesem Falle ein Zusammenhang klar geworden, den die Theorie des Imperialismus bisher vielleicht zuwenig berücksichtigt hat. Koloniale Raubzüge einer Großmacht können nicht nur zu Konflikten mit andern Staaten führen, sondern zeitweilig sogar in ihrem Interesse liegen, solange es nämlich ausschließlich auf Kosten — eines Dritten geht. Daß eine solche Interessenlage überaus labil ist und sich leicht ins Gegenteil wenden kann, mag vielleicht gerade im mandschurischen Konflikt nur allzu bald klar werden.

Immer neue Kriege?

Alles in allem hat also der japanische Raubzug zweierlei mit Sicherheit bewiesen: erstens, daß für kapitalistische Großmächte (ganz besonders natürlich solche mit feudalem Einschlag) zumindest in gewissen Zeitläufen ein starker Anreiz zur Sicherung erhöhter Profitmöglichkeiten mit politischen Mitteln, mit einem Wort, zum Imperalismus besteht; ob es sich hier um eine Zwangsläufigkeit im Sinne der Luxemburg-Sternbergschen Theorie oder eben nur um einen *Anreiz* handelt, bleibe hier dahingestellt. Und zweitens, daß weder die Sonderinteressen der einzelnen Großmächte noch der von ihnen beherrschte Völkerbundsapparat noch schließlich die Erfahrungen des letzten Weltkrieges und die Voraussicht der zehnfach ärgern Folgen eines künftigen die Lenker des heutigen Staatensystems zu veranlassen vermag, eine aktive und energische Friedenspolitik einzuschlagen, daß vielmehr gerade mit der Ausweglosigkeit des Kapitalismus seine Vorliebe für außenpolitische Verzweiflungsstreiche wächst.

Muß also die Welt abermals, wie 1914, sehenden Auges in die Katastrophe hineinschlittern? Wenn man zum ostasiatischen Krieg noch die kriegerischen Konflikte in Südamerika, das Pulverfaß der europäischen Bündnissysteme, den nicht mehr zu verbergenden Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz hinzurechnet, dann sieht es beinahe so aus. Aber die Erkenntnis der ständigen Kriegsgefahren in

einer Klassengesellschaft darf nicht dazu verleiten, sie als ein unvermeidbares Uebel untätig hinzunehmen. So gewiß die kapitalistische Staatenpolitik, sich selbst überlassen, sich in immer neue Kriegsbarbarei verwickeln würde, so gewiß ist das einzige Mittel, das sie noch verhindern kann, im Sinne der Brüsseler und Wiener Beschlüsse der Sozialistischen Internationale gegen jede Regierung, die mit Kriegsgedanken spielt, »den stärksten Druck der Massen, selbst in der revolutionärsten Form« aufzubieten, den herrschenden Klassen aller Länder rechtzeitig zum Bewußtsein zu bringen, daß Millionen gewillt sind, Waffen, die man ihnen in die Hand gäbe, anders und besser zu verwenden als 1914.

Die Tragödie der deutschen Arbeiterbewegung

(Von einem deutschen Gewerkschafter.)

Der Zusammenbruch der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung löst in der Arbeiterschaft aller Länder die Frage aus, wie konnte die in der Internationale führende deutsche Arbeiterbewegung im Abwehrkampf gegen die Reaktion unterliegen, wie so schmählich versagen? Heftig wird in der deutschen, vielleicht noch heftiger in der ausländischen Bewegung um die Schuldfrage gestritten. Die nachstehende Abhandlung wird die Schuldfrage nicht in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellen, an ihr aber auch nicht vorübergehen. Sie wird keine psychologischen Untersuchungen anstellen, sondern konkrete Tatsachen bringen.

Bei allen Veranstaltungen der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften stand im Vordergrund die Mahnung ihrer alten Führer: »Seid einig! In der Einigkeit liegt eure Stärke!« Die deutsche Arbeiterbewegung ist in erster Linie niedergebrochen, weil sie diese fundamentale Forderung im Emanzipationskampf des Proletariats aufgab. Wer die Geschichte der Revolutionen der Vergangenheit durchblättert, wird immer wieder feststellen, daß die Zielsetzungen revolutionärer Bewegungen nicht erreicht wurden, weil die revolutionären Kräfte bei der Durchführung der gestellten Aufgaben sich trennten und damit dem niedergeschlagenen Gegner in kürzerer oder längerer Frist die Möglichkeit erneuter Machtübernahme gaben. Diese Feststellung auf die sozialistische Arbeiterbewegung anzuwenden, schien uns unmöglich, weil Ziel und Gegner so eindeutig vor uns standen, daß es nur des Wissens um die gesellschaftliche Lage der Arbeitnehmerschaft bedurfte, um sie zu einheitlichem Willen, zu einheitlichem Kampf zusammenzufassen.

Im Ziel einig, ist die deutsche Arbeiterschaft an der Wegfrage — Demokratie oder Diktatur — gescheitert. Die revolutionäre Umwälzung 1918/19 in Deutschland war von ihrer ersten Stunde an belastet durch den Bruderkampf in der Arbeiterbewegung. Anstatt alle Energien des